

rung, der Länder und der kommunalen Spitzenverbände zur Auffindung und Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturguts, insbesondere aus jüdischem Besitz“ vom Dezember 1999 und der „Handreichung zur Umsetzung der Gemeinsamen Erklärung der Bundesregierung, der Länder und der kommunalen Spitzenverbände zur Auffindung und Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturguts, insbesondere aus jüdischem Besitz“ vom Februar 2001, überarbeitet im November 2007, weiterentwickelt werden sollen, bzw. bis zu welchem Zeitpunkt sollen Ergebnisse dieser Überprüfung vorliegen?

**Antwort der Beauftragten der Bundesregierung
für Kultur und Medien, Staatsministerin Monika Grütters,
vom 28. Januar 2014**

Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsministerin Monika Grütters, beabsichtigt, bei einem Treffen im März 2014 mit den zuständigen Ministerinnen und Ministern der Länder sowie mit Vertretern der kommunalen Spitzenverbände die Frage zu diskutieren, ob und inwieweit die rechtlich unverbindlichen Vorgaben der „Gemeinsamen Erklärung der Bundesregierung, der Länder und der kommunalen Spitzenverbände zur Auffindung und Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturguts, insbesondere aus jüdischem Besitz“ vom Dezember 1999 und der „Handreichung zur Umsetzung der Gemeinsamen Erklärung der Bundesregierung, der Länder und der kommunalen Spitzenverbände zur Auffindung und Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturguts, insbesondere aus jüdischem Besitz“ vom Februar 2001, überarbeitet im November 2007, weiterentwickelt werden sollten. Ein Zeitplan bleibt dem Besprechungsergebnis vorbehalten.

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft
und Energie**

5. Abgeordneter
**Jan van
Aken**
(DIE LINKE.)
- In welcher Höhe wurden im Jahr 2013 Genehmigungen für den Export von Kleinwaffen, -teilen und -munition an die MENA-Staaten (MENA = Middle East and North Africa) erteilt (bitte pro Land nach Ausfuhrlistenposition, Bezeichnung, Stückzahl und Wert aufschlüsseln)?

6. Abgeordneter
Jan van Aken
(DIE LINKE.)
- In welcher jeweiligen Höhe wurden im Jahr 2013 Genehmigungen für den Export von Kleinwaffen, -teilen und -munition in Drittstaaten sowie in die Gruppen der EU-, NATO- und der NATO-gleichgestellten Staaten erteilt (bitte unter zusätzlicher Angabe der jeweiligen Einzelsummen für Kleinwaffen, Kleinwaffenteile und Kleinwaffenmunition)?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Uwe Beckmeyer vom 29. Januar 2014

Die erforderlichen Daten werden derzeit vom Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle aufbereitet. Die gewünschte Auskunft kann noch nicht erteilt werden.

Die Bundesregierung wird die Daten in ihrem Rüstungsbericht für das Jahr 2013, der vor der parlamentarischen Sommerpause 2014 verabschiedet werden soll, veröffentlichen.

7. Abgeordneter
Klaus Ernst
(DIE LINKE.)
- Wie positionierte sich die Bundesregierung zu Investor-Staat-Schiedsverfahren bei den Verhandlungen zum CETA (Freihandelsabkommen der EU mit Kanada), und inwiefern unterscheidet sich diese Position zu ihrer kritischen Haltung innerhalb der Verhandlungen zur Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) (vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 32 auf Bundestagsdrucksache 17/14439, bitte jeweils begründen)?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Uwe Beckmeyer vom 30. Januar 2014

Zur Position der Bundesregierung wird auf ihre Antwort zu Frage 24 der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. (Bundestagsdrucksache 18/351) verwiesen. Deutschland erachtet Bestimmungen zum Investitionsschutz einschließlich Vorschriften zum Investor-Staat-Schiedsverfahren in Übereinkommen mit OECD-Staaten (OECD = Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) grundsätzlich für nicht erforderlich. Diese Position gilt sowohl gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika als auch gegenüber Kanada. Die Europäische Kommission, unterstützt durch einige Mitgliedstaaten und das Europäische Parlament, vertrat jedoch nach dem Kompetenzübergang für ausländische Direktinvestitionen auf die Europäische Union (EU) die Auffassung, dass erstmals mit Kanada Investitionsschutzverhandlungen geführt werden sollten. Zugleich fand zwischen dem Rat, dem Europäischen Parlament sowie der Europäischen Kommission ein kontrovers geführter Trilog über die Verordnung zur Einführung einer Übergangsregelung für bilaterale Investitionsschutzabkommen zwischen den Mitgliedstaaten und Drittländern statt. Das Europäische Parlament wie auch die Europäische Kommission forderten im Rahmen dieses Trilogs weitgehende